

Mehr Vorteile und mehr Akzeptanz

Wie sich der Windpark Druiberg für Bürgerbeteiligung an neuen Projekten im Land einsetzt

Das Thema Windräder polarisiert die Menschen. Kritiker stören sich vor allem am verspargelten Landschaftsbild. Befürworter sehen die quasi unerschöpfliche Energie, die der Wind bietet. Die Bürgerbeteiligung soll der Akzeptanz weiteren Auftrieb verschaffen.

Von Mario Heinicke
Dardesheim • Der Dardesheimer Windpark Druiberg war in seiner Geschichte schon mehrfach ein Vorreiter. Auch in Fragen der Akzeptanz und der Bürgerbeteiligung.

Der Windpark wirtschaftet seit über 20 Jahre nicht etwa abgekapselt für sich allein. Frühzeitig wurden in den drei umliegenden Windparkorten Beiräte aus der Einwohnerschaft gebildet. Örtliche Fördervereine verwalten die Gelder, die der Windpark unabhängig von den Gewerbesteuern an die Kommune abführt. Der Windpark Druiberg zog über die Jahrzehnte Tausende Besucher aus aller Welt an. Er schuf Arbeitsplätze in Dardesheim und er warb schon immer für die finanzielle Bürgerbeteiligung beim Bau von Windrädern.

Mit seinem gesponserten Druiberg-Stromtarif hat der Windpark zum Jahreswechsel eine neue „Rakete gezündet“. Damit verbunden wurde die Hoffnung, dass auch andere Windparks mitziehen, den Einwohnern in den Orten, die die Windräder mehr oder weniger erdulden müssen, vergünstigte Strompreise sowie Beteiligungen von Bürgern und Kommunen ermöglichen.

Denn es ist im Rahmen der Energiewende die Strategie des Bundes, noch deutlich mehr Windräder zu bauen, auch in Sachsen-Anhalt.

Gäste von 30 Kommunen beim Informationstag

So verwundert es eigentlich nicht, dass eine Informationsveranstaltung, die der Windpark Druiberg zusammen mit der Kommune sowie der Landesenergieagentur (Lena) im Dardesheimer Rathaus organisierte, auf große Resonanz stieß. Über 80 Teilnehmer aus mehr als 30 Kommunen des Landes interessierten sich für das Thema „mehr regionale



Den Anblick von Windrädern, wie hier auf dem Druiberg hinter Dardesheim, findet nicht jeder schön. Die Beteiligung von Bürgern und auch Kommunen an Windrädern wird als ein Weg für mehr Akzeptanz für diese Form der Energieerzeugung gesehen.

Foto: Mario Heinicke

Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung bei Wind- und Solarprojekten“.

In der Einladung hatten die Initiatoren betont, dass viele Gemeinden sich bei neuen Windkraft- und Solarparks häufig mit Projektgegnern auseinandersetzen hätten. Das liege auch daran, dass die Projekte nicht selten von externen Investoren realisiert werden und die wirtschaftlichen Vorteile dadurch größtenteils in andere Regionen abfließen.

In der Veranstaltung ging es daher vor allem darum, wie örtliche Bürger und Kommunen stärker profitieren können und wie dadurch mehr lokale Zufriedenheit mit Wind- und Solarparks zu erreichen sei.

Dazu stellte Marko Mühlstein, Geschäftsführer der Landesenergieagentur, die Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten vor. Der Lena gehe es vor allem um neutrale Fachinformationen für Kommunen und private Fragesteller zu Energiewende-Projekten sowie um Wissenstransfer und Vernetzung von Akteuren.

Die Dardesheimer Veranstaltung schaute auch über die Landesgrenzen hinweg.

Thomas Platzek von der Landesenergieagentur Thüringen (Thega) berichtete, dass sich Energiewende-Projekte in seinem Bundesland aktuell mit über 50 Bürgerinitiativen

auseinandersetzen hätten. Daher versuche die Thega ebenfalls, in den betroffenen Regionen über die Servicestellen für Wind- und Solarenergie neutrale Informationen anzubieten.

Im Bereich Windenergie, so Platzek, habe das Land Thüringen „faire Planungsleitlinien“ beschlossen, um bessere Teilhabe aller Betroffenen und Anwohner sowie direkte finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger, Unternehmen und Kommunen zu erreichen.

Leitlinie für Windpark-Planungen

Diese seien in der nordrhein-westfälischen Gemeinde Saerbeck gelungen, wie der Geschäftsführer der dortigen Bürgerenergiegenossenschaft, Ewald Baar, berichtete. Die örtlichen Bürger hätten im Saerbecker Bioenergiepark zwei Windräder finanziert, und auch die Gemeinde Saerbeck habe dort eine große Windkraftanlage selbst finanzieren können.

Auf die Frage, wie die Saerbecker das geschafft hätten, sagte Baar: „Man muss einfach Mut haben, die lokalen Interessen nach Wertschöpfungs-, Gewinn- und Bürgerbeteiligung deutlich genug einzufordern.“ Unterstützt worden sei man dabei auch durch eine fai-

Kontakte

Für weiterführende Fragen steht die Landesenergieagentur (Lena) zur Verfügung. eiling-saalmann@lena-lsa.de

Die Lena hat einen Wertschöpfungsrechner mit dem die Wertschöpfungseffekte für Kommunen zu berechnen sind, für Sachsen-Anhalt angepasst. Dieser steht demnächst zur Verfügung unter www.unendlich-viel-energie.de/wertschöpfungsrechner

re Planungsleitlinie des dortigen Landkreises Steinfurt.

Diese beispielhafte freiwillige Steinfurter Leitlinie, so ergänzte Thomas Platzek, habe Pate gestanden für die anschließend in Thüringen gestartete Windpark-Planungsleitlinie und das darauf aufbauende „Siegel für faire Windenergie“. Auf dessen Basis seien dort inzwischen viele Windkraftplanungsunternehmen zertifiziert worden.

Der Energie-Abteilungsleiter im Magdeburger Umweltministerium, Uwe Zischkale, unterstrich, auch in Dardesheim sei es gelungen, hohe regionale Zustimmung zur Windenergie zu erreichen.

Für dieses Ziel seien drei

Schritte entscheidend: Zunächst erforderlich seien frühzeitige und transparente Projektinformationen an Gemeinde und Bewohner. Zum zweiten gehe es um echte lokale Mitgestaltungs- und finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten. Und wenn in der Kommune schließlich vergünstigter Energiebezug aus den neu geschaffenen Energieparks angeboten werde, erhöhe dies die Zustimmung der Bevölkerung nochmals deutlich.

Aus dem Landesministerium für Infrastruktur ergänzte der für Landesentwicklungsplanung zuständige Referatsleiter Martin Stötzer Informationen zum Ausbau der erneuerbaren Energien aus landesplanerischer Sicht.

Auch Sachsen-Anhalt will deutlich mehr Windräder

Nach einem Beschluss der Landesregierung vom März vergangenen Jahres solle der auch für die Windenergieentwicklung maßgebliche Landesentwicklungsplan bis Ende 2025 neu aufgestellt werden. Die gegenwärtig in Sachsen-Anhalt für Windkraft gesicherten Gebiete nehmen 1,12 Prozent der Landesfläche ein. Durch neuere bundesgesetzliche Vorgaben sei dieser Umfang bis 2032 auf 2,2 Prozent zu erhöhen. Für Freiflächen-So-

laranlagen sei weiterhin eine kommunale Steuerung vorgesehen.

Abschließend berichtete Steven Salecki vom Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsförderung über das Forschungsprojekt „Regionale Wertschöpfung, Akzeptanz, Beteiligung“. Darin seien Projekte in sechs deutschlandweit verteilten Gemeinden untersucht worden.

Gegangen sei es dabei um Gewinne von Unternehmen, Bürgern und Kommunen sowie um Arbeitsplätze, Einkommen, Steuereinnahmen und die neu geltende gesetzliche Kommunalbeteiligung.

Die Projektergebnisse zeigten demnach große Unterschiede auf: In einer Gemeinde habe 90 Prozent der Wertschöpfung lokal gesichert werden können, in zwei Gemeinden seien dagegen 90 Prozent und mehr Wertschöpfungseffekte abgeflossen.

Um möglichst hohe örtliche Zufriedenheit zu erreichen, so das Fazit von Salecki, sei also eine gute Kommunikation der Wertschöpfungs- und Beteiligungsfragen und vor allem eine faire Ausgestaltung der Teilhabe wichtig.

Die Organisatoren der Dardesheimer Veranstaltung kündigten an, dass die Informationsreihe demnächst fortgesetzt werden soll.